

Helmut Martens

Neue Wirtschaftsdemokratie

Übergangsforderungen vor dem Hintergrund der Krise

Nötig und möglich wäre eine neue, klar dargebotene Synthese von Jefferson und Marx. Was immer in Amerika schiefgegangen ist, Jeffersons First Amendment verschafft einem jeden aufrechten Herz und Hirn [...] die Pflicht zur Gedanken-, Rede- und Pressefreiheit wie in keiner anderen Verfassung. Von Marx stammt die Methode systematischer Analyse und Kritik der wirklichen Produktions- und Distributionsverhältnisse des industriellen Kapitalismus. Joachim Schumacher 1937 (1978, 378f)

Wirtschaftsdemokratie könnte als ein spezifisch deutsches Thema gesehen werden. Tatsächlich ist der Begriff mit Naptalis ADGB-Konzept von 1928 verknüpft, allerdings seit der Novemberrevolution von 1918 und der Bildung von Betriebsräten auch mit dem deutschen Modell der Mitbestimmung. Aber ›Wirtschaftsdemokratie‹ kreiste in der Geschichte der Arbeiterbewegung seit ihren frühsozialistischen Anfängen nicht nur um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, sondern immer auch um die Frage der demokratischen Organisation seiner Erzeugung. Und dieser umfassende demokratische Strang reicht im Gefolge der großen bürgerlichen Revolutionen in den USA und in Frankreich von den konzeptionellen Überlegungen Saint-Simons oder den utopisch-sozialistischen Projekten Owens in England und den USA bis hin zu heutigen Projekten ›solidarischer Ökonomie‹.

Krisen und Umbrüche des Kapitalismus waren seither immer Zeiten wirtschaftsdemokratischer Forderungen. In Deutschland etwa reicht diese historische Entwicklungslinie von der Forderung nach der Wahl der Meister seitens der *Allgemeinen Arbeiterverbrüderung* in der Revolution von 1848 und der Genossenschaftsbewegung als »drittem Bein« der Arbeiterbewegung über Carl Legiens Konzept der »institutionellen Fabrik« bis hin zu den Betriebsräten in der Novemberrevolution (vgl. von Oertzen 1976). Die vielfältigen, einander überlagernden Krisenentwicklungen heute setzen das Thema erneut auf die Tagesordnung. Hans-Jürgen Urban hat die Frage, ob »Wirtschaftsdemokratie nicht *das* linke Thema der historischen Stunde« sei, daher zu Recht im Februar 2010 gestellt.¹ Im Folgenden werde ich dieser Frage in Thesen nachgehen, indem ich für die Entfaltung eines Konzepts *neuer Wirtschaftsdemokratie* (Martens/Scholz 2010; Martens 2010) plädiere, das ich in ersten Umrissen skizzieren möchte.

1 So in seinem Referat auf der Berliner Tagung zur Erinnerung an Jörg Huffschnid am 20.2.2010.

Zehn Thesen zur neuen Wirtschaftsdemokratie

1. *Die neue »große Krise« ist keinesfalls überwunden.* – Auch wenn die deutsche Wirtschaft nach den tiefen Einbrüchen der Jahre 2008/9 im Sommer 2010 »wieder in Partylaune« war (Hans-Werner Sinn, SZ, 24./25.7.2010), kann von einer wirklichen Krisenüberwindung keine Rede sein. Die »neue Weltwirtschaftskrise« (Krugman) ist von der Weltfinanzkrise über eine weltweit synchrone Krise der Realwirtschaft zur Währungskrise fortgeschritten. »Die Spekulation zielt jetzt auf die Währungen und öffentlichen Schulden. Der Euro stellt das schwächste Glied in der Kette dar, und mit ihm Europa selbst.« (Balibar 2010, 401) Deshalb ist zu fragen, ob Europa nicht erst am Anfang der Krise steht. Neben den ökonomischen Krisen (der Finanzwirtschaft, der Realwirtschaft, der Automobilindustrie als der »zivilisatorischen Leitbranche« sowie des internationalen Währungssystems) geht es um eine ökologische Krise, eine Welthungerkrise, eine Krise der Politik und unübersehbar auch eine der EU. Sie überlagern und verstärken oder überdecken einander. Ungeachtet des fortschreitenden Bestrebens der herrschenden Politik, wechselseitige Bezüge gerade nicht sichtbar zu machen, um die herrschende (Un-)Ordnung der Globalisierung nach neoliberalen Muster fortführen zu können, geht eine wachsende Ratlosigkeit der Elite mit einem wachsenden Unmut in der Bevölkerung einher. Eine stabile Entwicklung im Zeichen der herrschenden »Lampedusapolitik« nach dem Motto »alles muss sich ändern, damit alles so bleibt, wie es ist«, ist ebenso wenig absehbar, wie durchgreifende Änderungen ohne »die Arbeit des Negativen« (Hegel) nicht möglich sein werden.

2. *Die alten Konzepte prüfen und Wirtschaftsdemokratie neu denken.* – Es gibt wirtschaftsdemokratische Wurzeln der Montanmitbestimmung und damit der deutschen Mitbestimmung, denn jene war »die isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die Kräftekonstellation der Nachkriegszeit« (Borsdorf 1982, 272). An dieses Konzept lässt sich aber heute nicht reibungslos anknüpfen: Erstens war es mit Rudolf Hilferdings Theorie des *organisierten Kapitalismus* verknüpft. Diese »Großtheorie« der Arbeiterbewegung versuchte – ähnlich wie später die des *Staatsmonopolistischen Kapitalismus* – Phasen kapitalistischer Entwicklung abzugrenzen, bei denen elementare Bestimmungen der kapitalistischen Produktionsweise – bei Hilferding vor allem seine Krisenhaftigkeit – nicht mehr gelten sollten (zur Kritik: Krumbein 2009). Von dieser teleologischen Entwicklung müssen sich neue Ansätze befreien. Zweitens wurde in den wirtschaftsdemokratischen Wurzeln die kapitalistische Krisenhaftigkeit unterschätzt. So verschwand dieses Konzept schon 1929 von der Tagesordnung. Drittens schließlich lag tradierten Konzepten der Wirtschaftsdemokratie eine starke Orientierung auf »Planung« und »Elitenaustausch« in zentralen »spitzenkorporatistischen« Bündnissen und Gremien zugrunde, verbunden mit einer gewissen Distanz gegenüber Beteiligungsformen schon von Betriebsräten, erst recht der Beschäftigten selbst. Vor allem aber war Fritz Naphtalis Konzept gedacht als friedlicher Übergang zum Sozialismus als fraglos kommender Entwicklungsstufe. Nach der Implosion des Realsozialismus

kann man heute nicht mehr der Frage ausweichen, zu welchem Sozialismus hin ein solcher Übergang gedacht werden soll. Statt ›Endzieldebatten‹ über einen Kommunismus wäre deshalb heute *Neue Wirtschaftsdemokratie* als Übergangsforderung zu einem offenen Wohin zu akzentuieren. Andererseits ist die Begründung, es gehe bei diesem Konzept um eine Vervollständigung der Demokratie, gerade in Zeiten »postdemokratischer« Verhältnisse (Crouch 2008) auch unabhängig von jeder Übergangsorientierung ernst zu nehmen. Sie bedeutet zugleich, dass damit Fragen einer demokratisch fundierten Steuerung komplexer Prozesse aufgeworfen sind, auf die es sicherlich keine einfachen basisdemokratischen Antworten gibt – aber auch keine Antworten ohne mehr Basisdemokratie. Hans-Jürgen Krysmanski vermutet, dass sich in den gesellschaftlichen Machtkomplexen »mit einer hochgradig computerisierten Binnenorganisation [...] hinter unserem Rücken und an den überraschendsten Orten schon *verwissenschaftlichte Planung* im Sinne des *historischen Materialismus*« (2010, 196) als unerwartetes Entstehen des Neuen im Alten ausmachen lasse. Vielen der »durcheinandergerüttelten Funktionseleiten aus dem zweiten und dritten Glied ist zuzutrauen, dass sie über ihre eigene Rolle [...] nachzudenken beginnen und Spaß bekommen am Ziel eines elektronisch abgestützten Netzwerks friedlicher Assoziationen, in denen die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (197). Man muss also das Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie unter den Bedingungen der inzwischen erreichten Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit – v.a. in den Bereichen der Organisation, Planung und Bewertung konkreter Arbeitsprozesse – grundlegend neu denken.

3. *Mitbestimmung und Neue Wirtschaftsdemokratie müssen unterschieden werden.* – Die Montanmitbestimmung (mit ihrem Rückbezug auf das ADGB-Konzept von 1928) war im DGB-Grundsatzprogramm von 1949 als Einstieg in die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft gedacht. Dieser Einstieg ist bekanntlich nicht gelungen. Mit der Entwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrvG von 1952, 1972ff), des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG 76) und der Eurobetriebsräte entstand so etwas wie industrielle Demokratie durch repräsentative Vertretungsstrukturen. Diese wurden kombiniert mit v.a. sozialpolitischen Rechten, aber nur rudimentär mit Rechten der Einzelnen. In dieser Entwicklungslinie bildete sich kein wirklicher Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen. Es entstand eine Mitbestimmung, die von ihren wirtschaftsdemokratischen Wurzeln weitestgehend getrennt wurde, und die sich seit ca. 30 Jahren gegenüber einem neoliberalen *Rollback* in der Defensive sieht (Martens/Dechmann 2010, 103-27). Zwar ist die deutsche Mitbestimmung nach wie vor eine wesentliche Grundlage vergleichsweise weitreichender institutioneller Macht der deutschen Gewerkschaften, doch die Bastionen repräsentativer Interessenvertretung wurden zunehmend ausgehöhlt. An die Stelle gestaltender Mitbestimmung ist längst die Aushandlung von Zugeständnissen (*Concession bargaining*) getreten (Dörre 2002), und für fast ein Viertel der abhängig Beschäftigten ist binnen eines Jahrzehnts ein Niedriglohnbereich entstanden, in dem das Management die Reduktion von Lohnkosten als systematische Strategie verfolgt, abweichende Interessen bekämpft und seine Beschäftigten

in einer autoritären Anordnungskultur wie »billiges und williges Vieh« behandelt (Artus 2010). Die neue Akzeptanz von Mitbestimmung seit der Krise 2008 in den alten Kernbereichen gewerkschaftlicher Macht sollte nicht zu falschen Schlüssen verleiten: Nicht im Hinblick auf eine wirkliche Stärkung gewerkschaftlicher Interessenvertretung und erst recht nicht im Hinblick auf neue wirtschaftsdemokratische Impulse. Es ist deshalb gedankenlos, wenn etwa Felix Hörisch (2010) allein über »die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise« den Eindruck einer wirtschaftsdemokratischen Kontinuität erweckt und die Hoffnung schürt, mit dem begrenzten Ausbau vorhandener Strukturen auf einzelwirtschaftlicher Ebene gesamtwirtschaftlich greifende Problemlösungen anbieten zu können.

4. *Neue Wirtschaftsdemokratie setzt ökonomische und politische Zugänge voraus.*
 – Der »klassische« Anspruch von Wirtschaftsdemokratie lag darin, durch »Vervollständigung der Demokratie« eine Überwindung der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Ökonomie zu erzielen, anknüpfend an die schon erreichte Phase des vermeintlich *organisierten Kapitalismus*. Fast nie wurden Planungsdebatten mit Forderungen nach »mehr Demokratie« durch die politische Beteiligung der Arbeitenden selbst verknüpft. Weder die im wilhelminischen Obrigkeitsstaat sozialisierte Arbeiterschaft, noch die »Massenarbeiter« nach 1918 wurden in der sozialistischen Arbeiterbewegung wirklich als die potenziellen, auch je individuellen Subjekte ihrer eigenen Befreiung gesehen, als Kollektivsubjekt hingegen gerne überhöht. Hoffnungen und Erwartungen im Hinblick auf Planung waren allerdings von Beginn an umstritten. Damalige Sozialisierungskommissionen hatten von Anfang an Zweifel an der ökonomischen Effizienz staatlicher Planungsbürokratien, und die Demokratiefrage, die beginnend im Arbeitsalltag der Menschen gestellt werden sollte, spielt in diesen Debatten, anders als in den Rätebewegungen der Zeit, bestenfalls eine sehr deutlich nachgeordnete Rolle. Joachim Schumacher (1978, 381) zitiert in diesem Zusammenhang einen bemerkenswert hellsichtigen, in das Gesamtwerk nicht aufgenommenen Text Ernst Blochs von 1917: »Jedes Volk hat nur den Sozialismus zu erwarten, den es aufgrund seiner errungenen bürgerlichen Freiheiten verdient. Sozialismus ohne weitergehende Kontrolle von unten, ohne durchgängige zwar regulierte doch nicht dominierte Demokratie ist lediglich ein Preußentum ohne Privateigentum, also Staatssozialismus mit Akzent auf Staat.« Überlegungen zu Weiterentwicklungen der repräsentativen parlamentarischen Demokratie (also im »klassischen« Raum der Politik) wurden konzeptionell kaum einmal angestellt. Erst in den 1970er Jahren gerieten unter dem Slogan »mehr Demokratie wagen« die Verhältnisse wieder in Bewegung. Das Verhältnis von repräsentativer Demokratie und radikaldemokratischen Ansätzen ist in seiner arbeitspolitischen Dimension, d.h. in der Perspektive auf die Demokratisierung betrieblicher Herrschaftsverhältnisse, jedoch kaum aufgegriffen worden. Neue radikaldemokratische Beteiligungsansätze aus den 1970er Jahren, von »Zukunftswerkstätten« (Jungk/Müllert 1981) bis zu »Planungszellen« (Dienel 1997), erlebten nur einen kurzen Frühling – und dies vornehmlich in Bezug auf Bereiche außerhalb der Sphäre der Produktion. Verknüpfungsstrategien der Partizipationsfrage mit Fragen der Arbeits-

welt waren marginalisiert. Stilbildend für gewerkschaftliche Vorstellungen, die sich seit den 1970er Jahren eng mit dem ›Modell Deutschland‹ verknüpfen, war zudem ein relativ schlichtes und von der beginnenden Ökologiebewegung weithin noch unangefochtenes Modell von ›Arbeit-Fortschritt-Glück‹ (Martens/Peter/Wolf 1984) mit problematischen Vorstellungen einer mehr oder weniger gradlinig verlaufenden Fortschrittsentwicklung. Diese Konstruktion steht im Zeichen der ökologischen Krise inzwischen zur Disposition. Es geht heute um ›das Ganze der Arbeit‹ (Kambartel 1994; Biesecker 2004). *Neue Wirtschaftsdemokratie* kann auch deshalb nicht nur einfach ›Produzentendemokratie‹ sein. Sie muss sich um einen neu zu definierenden Fortschrittsbegriff bemühen im Sinne ökonomischer, ökologischer, sozialer und institutioneller Nachhaltigkeit.

5. *Die Krise der Demokratie zwingt dazu, Wirtschaft und Demokratie neu zu denken.*
 – Das demokratische Projekt der Moderne begann und wurde noch gedacht – z.B. explizit bei Jefferson – in agrarischen und noch zutiefst patriarchal geprägten Gesellschaften (sowie im Rückgriff auf die antike demokratische Tradition). Von Beginn an gibt es aber auch utopisch-sozialistische Ansätze der Umgestaltung manufakturerer und industrieller Produktion. Ekkehart Krippendorff (2001, 172) etwa berichtet in seiner Schilderung der ›utopischen Gemeindegründung‹ Nashoba von einem Brief Jeffersons. Er beantwortet die Bitte um Mitgliedschaft in deren ›Aufsichtsrat‹ mit Verweis auf sein hohes Alter abschlägig, endet aber mit den Worten: ›Jeder Plan, der irgendetwas bewirken kann, um jenes Endziel [der Überwindung der Sklaverei] zu erreichen, jedes Experiment sollte unternommen werden. Das, was Sie vorschlagen, ist zweifellos den Versuch wert.‹ Durchgesetzt hat sich im 19. Jahrhundert, in einem spannungsreichen und konflikthaften Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie, das liberale Politikmodell mit seiner Trennung von Wirtschaft und Demokratie. Aus der ›großen Krise‹ von 1929 erwuchs in den führenden kapitalistischen Ländern aus den Kämpfen der sozialen Klassen auf einem sehr unterschiedlich verlaufenen ›schwierigen Weg zu einer solidarischen Gesellschaft‹ (Roesler 2010) nach 1945 der keynesianische demokratische Wohlfahrtsstaat. Dieses Modell kapitalistischer Entwicklung befindet sich u.a. wegen Überakkumulationskrisen und Verselbständigung einer aufgeblähten Finanzwirtschaft nach über 30-jährigem neoliberalen *Rollback* in der Krise. Der Neoliberalismus sollte aber nicht stärker gemacht werden als er ist: fortwährend formierten sich erfolgreiche Gegenbewegungen – v.a. in Lateinamerika, wo die ›neoliberale Konterrevolution‹ nach dem Militärputsch in Chile ihre ersten Gehversuche unternommen hatte. In Europa hat sich zwar, forciert durch das politische Vakuum infolge der Implosion des ›Realsozialismus‹, eine postdemokratische hayekanische Elitenherrschaft (Frieder Otto Wolf) – mit ihren ganz eigenen ›Parallelgesellschaften‹ (vgl. Martens/Dechmann 2010, 66f) – herausgebildet. Die manifest gewordene ›Krise der Politik‹ ist aber mittlerweile keine akademische Debatte mehr: die Krise der Demokratie ist in der ›Mitte der bürgerlichen Gesellschaft‹ angekommen, wie die Konflikte um ›Stuttgart 21‹ zeigen; und auch die Forderung nach Demokratie in der arabischen Welt wird dem Nachdenken über Wirtschaft und Demokratie in unserer eher postdemokratischen Gesellschaft zusätzliche Impulse verleihen.

6. *Die ökologische Krise wird nicht nur über den Markt gelöst.* – Die »große Krise« von 2008 ist – anders als die von 1929 – auch eine massive ökologische Krise. Die Deklaration der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) von Rio de Janeiro 1992 und die Agenda 21 zielten auf eine Stärkung der gesellschaftlichen Gruppen und die Entwicklung neuer Beteiligungsformen, um einer Krisenentwicklung zu begegnen. Damit verbanden sich Hoffnungen, dass die 1990er Jahre zu einem Jahrzehnt ökologischer Erneuerung werden könnten. In Deutschland wurde mit dem Umweltgutachten des Sachverständigenrates der Bundesregierung von 1994, den Berichten der Enquêtekommisionen des Bundestages von 1994 und 1998 »Schutz des Menschen und der Umwelt« sowie der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie (1995) die ökologische Erneuerung (auch) der Gewerkschaftspolitik zu einer zentralen Herausforderung. Tatsächlich sind aber Impulse für einen Demokratisierungsschub ausgeblieben. Zwar hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen den Vorrang der ökologischen Dimension vor der sozialen und ökonomischen festgeschrieben, dabei aber den »verantwortlichen homo oeconomicus [postuliert], der egoistisches unternehmerisches Handeln mit moralischem Handeln in Einklang bringt« (Wolf/Paust-Lassen 2002, 24). So sind die Impulse der Agenda eher in ein übergreifendes neoliberales und entpolitisierendes Modernisierungskonzept eingepasst. Die erhofften »politischen Innovationen« (Lange 2010) blieben weitgehend aus. Gegenwärtig lässt sich beobachten, wie die Eliten die ökologische Krise im Bereich der Energiepolitik weiter verschärfen. Trotz dramatischer Entwicklungen (Weltklimakrise, absehbarer Peak-Oil) erweist sich die herrschende Politik als weitgehend unfähig zu wirklich umsteuernden Eingriffen. Auf der anderen Seite sind alternative Handlungsansätze aus den 1980er Jahren – Investitionslenkung oder Konversion – bereits wieder verloren gegangen (vgl. Lötzer 2010). Die ökologische Dimension der gegenwärtigen Krise liefert einen weiteren Grund für ein neues Nachdenken darüber, wie eine »Sozialisierung der Investitionen« erreicht und damit ein gesamtgesellschaftliches Interesse zur Geltung gebracht werden kann.

7. *Die fortschreitende soziale Spaltung der Gesellschaft erfordert massive Impulse für öffentliche Dienstleistungen und öffentliches Eigentum.* – Empirische Entwicklungen auch unter gegebenen Bedingungen neoliberaler Globalisierung zeigen, dass es andere Möglichkeiten der Finanzierung und Organisation sozialer Dienstleistungen – und damit zugleich der Förderung von Beschäftigung – gibt (Brödner u.a. 2009). Die Realität staatlicher Wirtschaftspolitik ist in Europa allerdings nach wie vor und in völligem Gegensatz dazu von der irrigen Vorstellung geprägt, Staatshaushalte durch eine rigide Sparpolitik sanieren zu können – in deren Folge nun deflationäre Abwärts-spiralen drohen. Angesichts fortgesetzter gesellschaftlicher Spaltungsprozesse kann *neue Wirtschaftsdemokratie* nur dann zu einer realistischen Perspektive werden, wenn staatliche Wirtschaftspolitik durch die »Rückkehr von Keynes« – und zwar des ganzen Keynes, einschließlich der Umverteilung von oben nach unten, Stärkung staatlicher Vor- und Fürsorge, Arbeitszeitverkürzung und Sozialisierung der Investitionen (vgl. Zinn 2007) – in die Lage versetzt wird, nachhaltige Antworten auf die gegenwärtige Krise »sozialer Bürgerschaft« (Balibar 2008) zu entwickeln.

8. *Wirtschaftsdemokratie ›von unten‹ und ›von oben‹ denken.* – Das neoliberale Einheitsdenken, dessen Hegemonie trotz der Krise seit 2008 noch keineswegs gebrochen ist, fordert den selbsttätig mitdenkenden und -handelnden ›Arbeitskraft-Unternehmer‹ (kritisch: Faust 2002). Partizipation der Einzelnen wird eingefordert, aber »Partizipation und/als/statt Demokratie« (Moldaschl 2004). Verblüffend ist, wie stark die Nicht-Öffentlichkeit des Betriebs an die nicht-öffentliche Organisationsform der Staatsanstalt des 18. Jahrhunderts erinnert. Das System der Betriebsverfassung, wie es sich unter anderem in der Betriebsversammlung darstellt, ist »absolutistisch« (Negt/Kluge 1972, 95). Erfahrungen von Betriebsräten im Zusammenhang der Umsetzung der IG Metall-Kampagne »besser statt billiger« bestätigen dieses Urteil: »Die Schwierigkeiten, dem von Beratern oft formulierten Motto zu folgen ›tue Gutes und rede darüber‹ und Transparenz im Unternehmen herzustellen, den Betriebsrat in seinem Handeln gegenüber der Belegschaft zu profilieren usw., haben [...] viel damit zu tun, dass man sich im Betrieb und in der Betriebsöffentlichkeit eben nicht in einem demokratisch verfassten Raum bewegen könne. Das ist ›eine Diktatur und keine Demokratie‹, sagt etwa einer der Betriebsräte.« (Martens/Dechmann 2010, 113) Das Beteiligungspotenzial der Menschen in der bis auf den heutigen Tag wesentlich demokratiefrei gedachten Sphäre der Wirtschaft war noch nie so groß wie heute (vgl. Martens 2010, 111-29). Und das gilt vom High-Potential-Beschäftigten bis hin zu den Beschäftigten in der Filiale eines Discounters. Auch in einer demokratietheoretischen Perspektive stellt sich deshalb die Frage, ob eine Gesellschaft es eigentlich hinnehmen will und kann, dass im Verlauf eines Jahrzehnts für fast ein Viertel aller abhängig Beschäftigten Arbeitsplätze in einem Niedriglohnbereich entstanden sind, in dem das Management die Reduktion von Lohnkosten als systematische Strategie verfolgt (vgl. These 3). »Wirtschaftsdemokratie von unten« (Peter 2010), d.h. gesicherte, in ihrem demokratischen Potenzial wertgeschätzte und mit repräsentativen Mitbestimmungsstrukturen verknüpfte Beteiligung der Beschäftigten auch in einem privatrechtlich verfassten Raum, ist deshalb für jedes neue wirtschaftsdemokratische Konzept ein zentraler Punkt. Die Gewerkschaften haben zwischen 2002 und 2008 viel getan, um die Beschäftigten in diesem Bereich zu mobilisieren. Aber hier geht es um grundsätzliche Entwicklungen, die arbeitspolitisch skandalisiert werden müssen. Hier wären auch neue gesetzliche Antworten zu prüfen, wie in der Aufbruchphase sozialdemokratischer Reformpolitik am Ende der 1960er Jahre, als über die Einführung von Arbeitsgruppensprechern in der Industrie nachgedacht worden ist. Überlegungen in dieser Richtung, auch die Verknüpfung mit heutigen Ansätzen gewerkschaftlicher Kampagnenpolitik, berühren sich immer auch mit der nötigen Verlebendigung innergewerkschaftlicher Demokratie.

9. *Neue Wirtschaftsdemokratie stellt primär Steuerungs- und nicht Eigentumsfragen.* – Neue Wirtschaftsdemokratie zielt auf eine Stärkung und Verlebendigung demokratischer Rechte der Einzelnen vor allem durch die Einführung und/oder Stärkung demokratischer Kontroll- und Gestaltungsrechte in der privatrechtlich verfassten Sphäre der Wirtschaft. Ein solcher Prozess knüpft an vorhandene repräsentative Strukturen an, um die Frage nach der Institutionalisierung neuer Strukturen

zu stellen, etwa im Hinblick auf eine an den Interessen der Menschen und nicht vor allem an den Renditeerwartungen der Wirtschaft orientierte regionale Strukturpolitik. Solche Demokratisierungsprozesse sind heute auf Grundlage der gesellschaftlich entfaltenen Produktivkraft der Arbeit möglich. Sie sind aber nur im Rahmen einer staatlichen Wirtschaftspolitik denkbar, die, statt aus der Froschperspektive einzelwirtschaftlicher Rationalität, unter Gesichtspunkten gesamtwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Rationalität betrieben wird. Dass dies heute mit Veränderungen der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene verbunden sein muss (vgl. Scholz u.a. 2009), liegt auf der Hand. Die Forderung nach der Entfaltung wirtschaftsdemokratischer Bürgerrechte knüpft an Balibars (2008) Überlegungen zu den »philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats« an, speziell an das Konzept »sozialer Bürgerschaft«. Balibar versteht darunter die Erweiterung der politischen Bürgerrechte in der Folge der sozialen Kämpfe des 20. Jahrhunderts, welche die »Arbeit« zum »grundlegenden Bezugspunkt des Politischen« (83) gemacht haben. Die Demokratie-Frage stellt sich demnach als Frage nach einem »politischen und sozialen Projekt« (Lieb 2009). Im Ergebnis des neoliberalen *Rollbacks* spricht Balibar von einer »tiefen Krise sozialer Bürgerschaft«. Arbeitspolitische Initiativen für eine neue Wirtschaftsdemokratie zielen vor diesem Hintergrund darauf ab, »soziale Bürgerschaft« mit Hilfe der Ausweitung demokratischer Rechte sowohl in der Sphäre der Politik wie in der privatrechtlich verfassten Sphäre der Wirtschaft zu verankern. *Neue Wirtschaftsdemokratie* ist immer ein demokratie- wie wirtschaftspolitisches Konzept. Dabei geht es nicht vorrangig um Eigentumsfragen (etwa Verstaatlichung), vielmehr um demokratisch kontrollierte Einflussnahme auf die entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragen. Mit kritischem Blick auf die Erfahrungen des Realsozialismus ließe sich behaupten, dass es »offensichtlich [...] nicht so sehr auf Besitzverhältnisse als auf Kontrollfunktionen« ankommt. »Die Verneinung des Kapitalismus, summarisch Sozialismus genannt, ist selber noch unfrei, wo immer zentralisiert bürokratische Apparate Sonderinteressen gegen das Volk im Ganzen verfolgen (und das braucht den ›Apparatschiks« nicht bewusst zu sein). Es kommt also weiterhin auf eine zweifache Verneinung an: die erste geht gegen falsches Besitzen der Produktionsmittel, die zweite gegen verselbständigtes Verfügen über die Produktionsbedingungen (Produzenten und Produkte).« (Schumacher 1978, 397) In der jüngeren Gewerkschaftsdebatte hat deshalb Beerhorst (2009) zu Recht wieder die systematische Unterscheidung von Verstaatlichung und Vergesellschaftung in Erinnerung gerufen. In Formen direkter Beteiligung in der Wirtschaft, in der Kommune, in der Region muss sichergestellt werden, dass das Handeln der Repräsentanten an den Arbeits- und Lebensalltag der Menschen rückgebunden wird.

10. Die Frage der Instrumente allein greift zu kurz. – Natürlich stellt sich immer auch die Frage angemessener Instrumente, mit der Beteiligung und Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen, aber auch in der Kommune realisiert werden können, um nicht nur eine demokratische Gestaltung der regionalen Arbeits- und Lebenszusammenhänge und die Sicherung der Ressourcen für eine moderne

Dienstleistungsgesellschaft zu ermöglichen, sondern auch die strukturpolitisch bedeutsame Frage zu beantworten, was, wie und wofür produziert werden soll. Das setzt nicht nur einen Primat der Politik und die Rückeroberung von Spielräumen staatlicher Wirtschaftspolitik voraus, sondern muss durch supranationale, europäische Strategien flankiert werden. Wo aber sind heute die praktischen Anknüpfungspunkte, und wo lassen sie sich schaffen? Wie lassen sich Menschen für die Durchsetzung konkreter Ziele auf den unterschiedlichen Ebenen mobilisieren? Und welche schon lange diskutierten Instrumente und neuen technischen Möglichkeiten stehen zur Verfügung, um zeitnah eine wirkliche Beteiligung der Vielen zu ermöglichen? Erst durch die Antwort hierauf lässt sich die Frage aller Fragen klären, die der *politischen Macht* – statt erst ›die Machtfrage‹ zu beantworten, um dann den stets vergeblichen Versuch zu unternehmen, die Unterstützung der Menschen zu gewinnen. Bei der *Neuen Wirtschaftsdemokratie* geht es um konkrete Schritte auf dem schwierigen Weg in eine solidarische Gesellschaft, um so gegen die neoliberale Marktideologie eine gemischte Wirtschaft herbeizuführen und zu stärken, in der Strukturen zur Sicherung der »sozialen Bürgerschaft« aller fortschreitend ausgebaut werden. So gesehen, lässt sich aus den Erfahrungen des New Deal und der mit ihm verbundenen Kämpfe für eine neue Wirtschaftsdemokratie mehr lernen als aus den wirtschaftsdemokratischen Konzepten der deutschen Geschichte (vgl. Roesler 2010).

Ausblick. – *Neue Wirtschaftsdemokratie* sucht Antworten auf vielfältige Krisenentwicklungen und setzt – in Anknüpfung an Traditionen der Arbeiterbewegung – auf Mobilisierung der Bürger, auf ihr ›Selbertun‹ im Rahmen erweiterter technischer Möglichkeiten, und zugleich auf die Stärkung ihrer »sozialen Bürgerschaft« im Rahmen und zur Verlebendigung bzw. Erweiterung von Strukturen repräsentativer Demokratie. Sie ist deshalb nicht nur eine Antwort auf die Doppelkrise von Ökonomie und Ökologie, sondern zugleich eine Antwort auf die Krise der Demokratie. Sie wirft Steuerungsfragen in demokratischer Perspektive auf, wobei sie nicht an der Eigentumsfrage ansetzt, wohl aber, angesichts des Überangebots an Finanzkapital, auf eine Sozialisierung der Investitionen zielt.

Zwar droht gegenwärtig in der Bundesrepublik, angesichts eines überraschend starken ökonomischen Aufschwungs, die Rückkehr zum ›normalen Betrieb‹; doch eine stabile Entwicklung ist angesichts der vielfältigen, einander überlagernden Krisenentwicklungen wie auch des Charakters der ökonomischen Krise als einer »großen Krise« schwerlich zu erwarten. Die Entfaltung wirtschaftsdemokratischer Ansätze ist somit eine tagespolitische Herausforderung. Für ein linkes *Cross-Over*-Projekt bestünde die Herausforderung darin, eine Verknüpfung und zugleich Konkretisierung solcher Ansätze in einem Konzept *neuer Wirtschaftsdemokratie* zu betreiben. Dies wäre zugleich eine Herausforderung zum ›Selbertun‹ vieler Laienexperten aus unterschiedlichen Bereichen gesellschaftlicher Wissensarbeit – und damit auch eine Chance für eine praktische Nagelprobe auf das in der Produktivkraftentwicklung schlummernde Potenzial für demokratische Assoziationen, »in denen die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Marx).

Literatur

- Artus, Ingrid, »Interessenvertretung im Niedriglohnbereich«. Vortrag auf der Tagung *Betriebliche Mitbestimmung und gewerkschaftliche Modernisierungskampagnen – Praxis und Forschung in Deutschland*, 8./9.6.2010, Mühlheim/R (Mitschrift)
- Balibar, Etienne, »Die philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats. Von der Kritik der Menschenrechte zur Kritik der sozialen Rechte«, in: U.Lindner, J.Nowak u. P.Paust-Lassen (Hg.), *Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag*, Münster 2008, 70-88
- ders., »Europa: Die endgültige Krise?«, in: *Das Argument* 287, 52. Jg, 2010, H. 3, 401-05
- Beerhorst, Joachim, »Vergesellschaftung! Welche Vergesellschaftung? Über Finanzmarktkapitalismus, Krise und Demokratisierung der Wirtschaft«, in: *Kritische Justiz – Vierteljahrsschrift für Recht und Politik*, 2/2009, 148-66
- Biesecker, Adelheit, »Arbeit und Ökologie – Thesen«, in: D.Scholz u.a. (Hg.), *Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit*, Münster 2004
- Borsdorf, Ulrich, *Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945*, Köln 1982
- Brödner, Peter, u.a., *Das nordische Modell – eine Alternative?* Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2009
- Crouch, Colin, *Postdemokratie*, Frankfurt/M 2008
- Dienel, Peter C., *Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie*, Opladen 1997
- Dörre, Klaus, *Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus*, Wiesbaden 2002
- Faust, Michael, »Der ›Arbeitskraftunternehmer‹ – eine Leitidee auf dem ungewissen Weg der Verwirklichung«, in: E.Kuda u. J.Strauß (Hg.), *Arbeitnehmer als Unternehmer? Herausforderungen für Gewerkschaften und berufliche Bildung*, Hamburg 2002, 56-80
- Hörisch, Felix, »Mehr Demokratie wagen – auch in der Wirtschaft. Die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise«, in: *WISO direkt*, Februar 2010, 1-4
- Jungk, Robert, u. Norbert R. Müllert, *Zukunftswerkstätten*, Hamburg 1981
- Kambartel, Friedrich, »Arbeit und Praxis«, in: A.Honneth (Hg.), *Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie*, Frankfurt/M 1994, 123-39
- Krippendorff, Ekkehart, *Jefferson und Goethe*, Hamburg 2001
- Krumbein, Wolfgang, »Vom Scheitern der ›großen‹ Kapitalismustheorien im Angesicht von Jahrhundertereignissen«, in: ders. u. J.Bischoff, *Krisen-Deutungen. Ist marxistische Kapitalismustheorie auf der Höhe der Zeit?*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2009, 2-29
- Krysmanski, Hans-Jürgen, »Gesellschaftliche Planung und das System vernetzter Computer«, in: *Das Argument* 286, 52. Jg., 2010, H. 2, 195-204
- Lange, Helmuth, »Innovationen im politischen Prozess als Bedingungen substantieller Nachhaltigkeitsfortschritte«, in: J.Howaldt u. H.Jacobsen (Hg.), *Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma*, Wiesbaden 2010, 199-216
- Lieb, Anja, *Demokratie: Ein politisches und soziales Projekt? Zum Stellenwert von Arbeit in zeitgenössischen Demokratiekonzepten*, Münster 2009
- Lötzer, Ulla, *Bausteine für eine industriepolitische Offensive der Linken. Konversion, Zukunftsfonds und Wirtschaftsdemokratie*, RLS-Standpunkte, 19/2010
- Martens, Helmut, *Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik*, Hamburg 2010

- ders. u. Uwe Dechmann, *Am Ende der Deutschland AG: Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit*, Münster 2010
- ders. u. Dieter Scholz, *Wirtschaftsdemokratie neu denken. Eine Herausforderung angesichts der neuen Weltwirtschaftskrise*, Msk. 2010, www.FNPA.de
- ders., Gerd Peter u. Frieder Otto Wolf, *Arbeit und Technik in der Krise. Gewerkschaftliche Politik und alternative Bewegung*, sfs-Beiträge aus der Forschung Bd. 2, Dortmund 1984
- Moldaschl, Manfred, »Partizipation und/als/statt Demokratie. Zum Entwicklungsverhältnis von gesellschaftlicher Demokratisierung und organisationaler Partizipation«, in: W.G.Weber, P.-P. Pasqualoni u. Ch.Burtscher (Hg.), *Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung*, Göttingen 2004, 216-46
- Naphtali, Fritz, *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel* (1928), Frankfurt/M 1977
- Negt, Oskar, u. Alexander Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung*, Frankfurt/M 1972
- Oertzen, Peter von, *Betriebsräte in der Novemberrevolution*, 2., erw. Aufl., Berlin-Bonn/Bad Godesberg 1976
- Peter, Gerd, »Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgestaltung – Neuinterpretation und Aktualität des HdA-Programms«, in: L.Schröder u. H.-J.Urban (Hg.), *Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften*, Frankfurt/M 2009, 54-65
- Roesler, Jörg, *Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2010
- Scholz, Dieter, u.a. (Hg.), *Europa sind wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa*, Münster 2009
- Schumacher, Joachim, *Die Angst vor dem Chaos. Über die falsche Apokalypse des Bürgertums* (1937), Frankfurt/M 1978
- Wolf, Frieder Otto, u. Pia Paust-Lassen, *Ökologie der Menschheit – Strategien der Nachhaltigen Entwicklung als Transformationsaufgabe*, Berlin 2002
- Zinn, Karl Georg, »Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen. Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus«, in: G.Peter (Hg.), *Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik*, Hamburg 2007, 48-76